

handel überhöhte Preise und eine entsprechende Kriminalität. Gleichzeitig würde die Faszination des Illegalen verlorengehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt im politischen Massnahmenpaket ist die Senkung des Strafmasses für Süchtige, wie es Herr Rechsteiner in seiner parlamentarischen Initiative formuliert hat. Wir haben heute ein sehr drastisches Strafmass, und trotzdem steigt die Zahl der Süchtigen immer weiter an. Das Ziel wird ganz klar verfehlt.

Ein dritter wichtiger Punkt für die grüne Fraktion ist, dass auf dem Gebiet des gewinnträchtigen Handels auf gesetzgeberischer Ebene Massnahmen zur Drogenbekämpfung eingeleitet werden müssen. Vermehrte Anstrengungen sind unerlässlich.

Ein weiterer humanitärer Punkt bestünde in dezentralen Hilfs- und Behandlungsstellen, die szenenah sein müssen, die Kontakte, Betreuung und Beratungsstellen ermöglichen – auch für die Entzugswilligen.

Um diese Ziele zu erreichen, ist die parlamentarische Initiative von Herrn Rechsteiner ein möglicher Weg. Eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes ist eine unabdingbare Voraussetzung, das wissen alle beteiligten Kreise. Aus diesen Gründen stimmt die grüne Fraktion dieser parlamentarischen Initiative zu.

Die Motion der Kommission findet ebenfalls die aktive Unterstützung der grünen Fraktion, allerdings nur in der Form einer Motion, ganz sicher nicht in der Form eines Postulates. Es ist der grünen Fraktion sehr wichtig, dass bald etwas geschieht. Es ist ein sehr wichtiges Problem. Die Zeit drängt. Ich glaube, dass die Form des Postulates hier wirklich nicht mehr angebracht ist.

Hari, Berichterstatter: Es war recht interessant, wie Frau Danuser in die Zeit der Antike zurückblendete. Ich muss zugeben, dass es immer Leute gab und heute noch gibt, die sich der Drogen bedienen wollen. Es ist aber sicher an uns, diesen gemäss Frau Danuser nicht zu umgehenden Drogenkonsum in Schranken zu halten. In diesem Punkt war sich die Kommission einig: dass wir helfen wollen und helfen müssen. Sie sah aber diese Hilfe nicht im Sinne der Initiative Rechsteiner. Frau Danuser vertritt weiter die Auffassung, die parlamentarische Initiative Rechsteiner decke sich mit dem Bericht der Subkommission «Drogenfragen». Dem ist nicht so. Die Kommission vertritt die Auffassung, dass die Ziele der Initiative Rechsteiner stark vom erwähnten Bericht abweichen, und lehnt deshalb die Initiative ab.

Zu Herrn Rechsteiner: Auch wenn der Bundesrat die Motion der Kommission nur als Postulat entgegennehmen will, heisst dies noch lange nicht, dass er nichts zu tun gedenkt. Immerhin haben wir heute im Parlament noch Gelegenheit, darüber zu befinden, ob der Kommissionsvorstoss als Motion oder als Postulat überwiesen werden soll.

Zu Herrn Wiederkehr nur eine kleine Bemerkung: Die fehlende Krawatte und die Kleidung unseres Kollegen, des Initianten Rechsteiner, spielte bei den Erwägungen der Kommission absolut keine Rolle. Empfangen, das muss ich zugeben, wird der Mensch nach seiner Kleidung und nach seinem Auftreten; entlassen wird er aber nach seinem Verstand.

M. Martin, rapporteur: Le débat est dramatique dans le sens que tous ceux qui se sont exprimés poursuivent en fait le même objectif, c'est-à-dire lutter contre ce fléau qu'est la drogue. En revanche, nous sommes fondamentalement séparés sur les moyens qu'il s'agit de mettre en oeuvre pour aboutir au résultat que nous recherchons. Prévention, répression, ces mots reviennent, associés, opposés avec passion par les uns et par les autres. On prétexte que la répression n'a pas abouti à un excellent résultat. Croit-on sérieusement que la libéralisation va aboutir à un résultat meilleur?

En tout cas, la majorité de la commission n'accepte pas cette idée. Elle n'accepte pas non plus l'idée qu'il y a un lien de causalité entre l'augmentation de la délinquance et la répression du trafic. Dire que la réduction de la répression aboutirait à une baisse des prix et à une diminution du drame des consomma-

teurs, ce serait accepter l'inacceptable à nos yeux, autrement dit de vivre avec la drogue de façon continue.

En Suisse romande, les responsables qui s'occupent de la réhabilitation des drogués estiment que l'assouplissement des mesures pénales est une erreur et je ne sais pas que la situation, en Suisse romande, soit plus mauvaise que dans d'autres parties du pays.

Les arguments qui ont été évoqués lors du débat ne sont pas nouveaux par rapport à ceux qui ont été rapportés tout à l'heure. Comme je l'ai dit, problème il y a, il doit être étudié, notamment l'équilibre entre la répression et la prévention. L'initiative est trop éloignée de l'avis de la majorité pour servir de base à nos discussions, d'où le dépôt d'une motion. Nous vous demandons d'accepter cette motion et nous ne pouvons nous rallier à l'idée du postulat.

Je précise qu'en m'exprimant en tant que rapporteur de langue française je me suis également exprimé au nom du groupe radical de l'assemblée.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)	94 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Folge geben)	35 Stimmen

Motion der Kommission Motion de la commission

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung als Motion	84 Stimmen
Für Ueberweisung als Postulat	37 Stimmen

89.227

Parlamentarische Initiative (Ruf)

1. August. Arbeitsfreier Bundesfeiertag

Initiative parlementaire

(Ruf)

1er août. Fête nationale fériée

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 7. Juni 1989

Ziff. I

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 116bis (neu)

Abs. 1

Der 1. August ist in der ganzen Eidgenossenschaft Bundesfeiertag.

Abs. 2

Er ist arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt. Einzelheiten regelt das Gesetz.

Ziff. II

Die Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 19 (neu)

Titel

Uebergangsbestimmungen

Abs. 1

Der Bundesrat setzt Artikel 116bis binnen drei Jahren nach Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

Abs. 2

Bis zum Inkrafttreten der geänderten Bundesgesetzgebung regelt der Bundesrat die Einzelheiten auf dem Wege der Verordnung.

Abs. 3

Der Bundesfeiertag wird der Zahl der Feiertage nach Artikel 18 Absatz 2 der Arbeitsgesetzes vom 13. März 1964 nicht angerechnet.

*Texte de l'initiative du 7 juin 1989**Ch. I*

La Constitution fédérale est modifiée comme suit:

*Art. 116bis (nouveau)**Al. 1*

Le 1er août est fête nationale dans toute la Confédération.

Al. 2

Pour le droit du travail, ce jour est assimilé au dimanche. La loi règle les modalités de détail.

Ch. II

Les dispositions transitoires de la Constitution fédérale sont complétées comme suit:

*Art. 19 (nouveau)**Titre*

Dispositions transitoires

Al. 1

Le Conseil fédéral met l'article 116bis en vigueur dans les trois ans qui suivent son acceptation par le peuple et les cantons.

Al. 2

Jusqu'à l'entrée en vigueur de la modification de la législation fédérale, le Conseil fédéral règle les modalités de détail par voie d'ordonnance.

Al. 3

Le jour de la fête nationale n'est pas compté dans le nombre des jours fériés fixés à l'article 18, 2e alinéa, de la loi du 13 mars 1964 sur le travail.

Frau **Jeanprêtre** unterbreitet im Namen der Petitions- und Gewährleistungskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 7. Juni 1989 reichte Nationalrat Ruf eine parlamentarische Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs ein.

Begründung des Initianten

Die Petitions- und Gewährleistungskommission des Nationalrates, welcher dieses Geschäft zur Prüfung zugewiesen wurde, gab am 25. April 1990 dem Initianten Gelegenheit, sich zu seinem Vorstoss zu äussern (Art. 21quinquies des Geschäftsverkehrsgesetzes).

Nationalrat Ruf begründete seine Initiative wie folgt (Zusammenfassung):

Dass der Bundesfeiertag ein den Sonntagen gleichgestellter Feiertag sein soll, ist eine staatspolitische Notwendigkeit. Auf diesen materiellen Aspekt komme ich nicht zurück, da ich mich im Parlament bereits mehrfach dazu geäussert habe und auch auf die ausführliche Begründung meiner ersten parlamentarischen Initiative hierzu verweisen kann; diese wurde im Oktober 1988 mit 65 zu 18 Stimmen abgelehnt.

Ein Zitat aus meinem damaligen Votum: «Die Tatsache, dass der 1. August in den meisten Kantonen kein Feiertag ist – dies im Gegensatz zur Regelung in praktisch sämtlichen Nachbarländern –, wird der wesentlichen staatspolitischen Bedeutung unseres Staatsfeiertages nicht gerecht. Am Bundesfeiertag wird nämlich der Entstehung und der Geschichte unseres Staates gedacht, der mit seiner direkten Demokratie beispiellos dasteht. Aufgabe des Nationalfeiertages in jedem Lande ist es, das gemeinsame Staatsbewusstsein zu stärken und zur Lösung der künftigen Probleme zu fördern. Dies wäre auch bei uns wünschenswert, vor allem wäre es eine gebührende patriotische Ehrenbezeugung gegenüber dem Gründungsakt unseres Staatswesens.

Zudem will das Volk schon lange den 1. August als Feiertag, und zwar eine erdrückende Mehrheit des Volkes, wie Meinungsumfragen immer wieder belegen konnten. Leider haben die politischen Behörden und die Mehrheitsträger im Parlament die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt, denn ansonsten wäre jene Initiative vor eineinhalb Jahren nicht abgelehnt worden.

Die politische Antwort auf den damaligen Entscheid kennen

Sie: Die Nationale Aktion hat eine Volksinitiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag lanciert. Der Text ist identisch mit demjenigen meiner parlamentarischen Initiative –, sie wird im Herbst eingereicht. Ueber alle Parteigrenzen hinweg und in allen Kantonen lässt sich plötzlich ein erfreuliches Umdenken feststellen, das vielleicht auch auf die Volksinitiative zurückgeht. Im Parlament wurde ein vom Bundesrat entgegengenommenes Postulat Ruf überwiesen, welches die Einführung des 1. August als Feiertag über 1991 hinaus anregt. Ende März 1990 hat sich im weiteren der Präsident der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Präsenz des Parlamentes im Jahr 1991, Herr Ständerat Affolter, gemäss Berichten an einer Pressekonferenz diesem Anliegen gegenüber sehr positiv geäussert.

Vor allem aber wurde im Rahmen der vor kurzem abgeschlossenen Vernehmlassung zur Revision des Arbeitsgesetzes auch die Frage 1. August als arbeitsfreier Arbeitstag angetippt und ist laut Presseberichten bei den Kantonen auf ein mehrheitlich positives Echo gestossen.

Im Hinblick auf das Jahr 1991 und aufgrund der NA-Volksinitiative ist demnach einiges in Bewegung geraten. Ich habe meine Initiative im letzten Juni vor allem eingereicht, um dem Parlament die Chance zu geben, Volk und Stände noch 1991, im Jahr des 700sten Geburtstages der Eidgenossenschaft, über die dauerhafte Verankerung des 1. August in der Bundesverfassung abstimmen zu lassen. Eine Annahme des entsprechenden Verfassungsartikels kann kaum ernsthaft bezweifelt werden, so dass dem Land zur Feier seines 700jährigen Bestehens endlich ein richtiger Nationalfeiertag geschenkt würde.

Eine kurze Erläuterung meines Initiativtextes, der in Zusammenarbeit mit einem bekannten Staatsrechtsprofessor und einem weiteren kompetenten Juristen ausgearbeitet wurde:

Angesichts der geltenden Rechtslage kann das Anliegen eines arbeitsfreien 1. August nur mit einer Ergänzung der Bundesverfassung sowie den daraus folgenden gesetzlichen Anpassungen des Arbeitsrechtes in klarer und befriedigender Weise geregelt werden. Nach der verfassungsmässigen Kompetenzordnung, die grundsätzlich unbestritten ist, sind für die Gesetzgebung über öffentliche Feiertage nämlich ausschliesslich die Kantone zuständig. Der Bundesgesetzgeber ist nicht befugt, Bestimmungen über allgemeine Feiertage zu erlassen. Schon deshalb ist für den Sonderfall des Bundesfeiertages eine Verfassungsnorm notwendig. Die Lösung, die der Bundesrat im Rahmen der Revision des Arbeitsgesetzes vorgeschlagen hat, wäre eine Notlösung, die der effektiven Bedeutung des Bundesfeiertages nicht gerecht würde. Die verfassungsmässige Verankerung hingegen ist von grundsätzlicher staatspolitischer Tragweite.

Daneben enthält der Initiativtext arbeitsrechtliche Vorschriften und Uebergangsvorschriften. Der 1. August wird arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt und ist damit arbeitsfrei, abgesehen von jenen Dienstleistungsbereichen, in denen auch an Sonntagen gearbeitet werden darf.

Der 1. August wird zum zusätzlichen und zum einzigen gesamtschweizerischen Feiertag. Die Kantone werden in ihrer Kompetenz hinsichtlich der übrigen Feiertage nicht beschnitten. Jene wenigen Stände, die den 1. August bereits als kantonalen Feiertag eingeführt haben, können aufgrund von Absatz 3 der Uebergangsbestimmungen einen weiteren kantonalen Feiertag bestimmen. Artikel 18 des Arbeitsgesetzes räumt den Kantonen nämlich ein Kontingent von höchstens 8 Feiertagen ein, die den Sonntagen arbeitsrechtlich gleichgestellt werden können. Für sie entsteht dann ein freier Platz für einen anderen Feiertag, falls sie einen wollen. Für die erforderliche Anpassung der Gesetzgebung haben Bund und Kantone nach Annahme der Initiative durch Volk und Stände drei Jahre zur Verfügung, was für die relativ einfachen Anpassungen sicher genügt. Damit wird auch den Vertragspartnern auf dem Arbeitsmarkt genügend Spielraum eingeräumt, um die bescheidene Arbeitszeitreduktion – verglichen mit den verschiedenen Freitagen, die heute ausserhalb der Feiertage gelten – zu regeln.

Es wurde bewusst auf irgendwelche Bestimmungen über die Gestaltung der Bundesfeier verzichtet. Die bewährte bisherige

Regelung der Organisation durch Gemeinden, Vereine und Private, die auch den föderalistischen Bedürfnissen unseres Landes Rechnung trägt, soll beibehalten werden.

Die Wege, die der Kommission offenstehen, um dieses Begehren möglichst rasch durchzusetzen, kennen Sie. Ich bitte Sie um Zustimmung.«

Erwägungen der Kommission

Die Kommission hält dazu folgendes fest:

1. Die Frage, ob der 1. August ein arbeitsfreier Feiertag ist oder nicht, ist für die Geisteshaltung der Schweizerinnen und Schweizer nicht entscheidend. Staatspolitisch gesehen würde der freie Tag gar nicht oder höchstens sehr wenig zur Bereicherung oder zur Besinnung beitragen. Bundesfeiern, die sich gesamtschweizerisch auf den Abend konzentrieren, werden nach Auffassung der Kommission eher besser besucht, wenn nicht ein staatlich verordneter Feiertag schon von vornherein dazu einlädt, die Freizeit fern vom eigenen Wohnort zu verbringen.

2. Heute sind die Kantone allein zuständig, Vorschriften über Feiertage zu erlassen. Sie haben denn auch die Möglichkeit, den 1. August arbeitsfrei zu erklären. Die Kommission vertritt die Ueberzeugung, dass kantonale Feiertagsregelungen besser auf die regionalen und örtlichen Bedürfnisse und Traditionen Rücksicht zu nehmen vermögen. Vielerorts wurde zudem auch ohne besondere Vorschriften auf partnerschaftlichem Wege vereinbart, zumindest nachmittags freizugeben.

3. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass das Thema erst kürzlich im Parlament erörtert wurde. Die Kommission ist der Auffassung, dass sich seither keine neuen Aspekte ergeben haben, aufgrund derer man darauf zurückkommen müsste.

4. Demgegenüber vertrat ein Teil der Kommission die Auffassung, dass es wirtschaftlich zu verantworten wäre, zusätzlich einen solchen Feiertag festzulegen. Zudem stelle der 1. August einen Sonderfall dar, der einen eidgenössischen Feiertag rechtfertige.

Mme **Jeanprêtre** présente au nom de la Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales le rapport écrit suivant:

Le 7 juin 1989, le conseiller national Ruf a déposé une initiative parlementaire conçue en termes généraux.

Développement de l'auteur de l'initiative

La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales, chargée d'étudier cet objet, a invité l'auteur à s'exprimer sur son intervention le 25 avril 1990 (art. 21quinquies loi sur les rapports entre les conseils).

Le député Ruf a motivé son initiative comme suit (résumé): Déclarer la fête nationale jour férié assimilé à un dimanche répond à un impératif de politique nationale. Je ne reviens pas à cet aspect étant donné que je me suis déjà exprimé à plusieurs reprises sur ce sujet au Parlement. Je renvoie à ce propos au développement de ma première initiative en la matière, laquelle a été rejetée par 65 voix contre 18 en octobre 1988.

Voici ce que je faisais valoir alors (traduction): Le fait que le 1er août ne soit pas, dans la plupart des cantons, jour férié – contrairement à ce qui est la règle dans presque tous les pays voisins – n'est pas digne de la signification politique qui revient à notre fête nationale. En effet, ce jour commémore la naissance de notre Etat, dont la démocratie directe reste inégalée. Dans tout pays, la fête nationale a pour but de renforcer la cohésion nationale et d'encourager à faire face aux problèmes à venir. Une telle commémoration est souhaitable chez nous aussi. Surtout, elle serait un témoignage digne de l'honneur dû à l'acte de fondation de notre Etat.

D'ailleurs, le peuple souhaite depuis longtemps marquer le 1er août comme jour férié, et ce à une forte majorité, comme le prouvent les sondages d'opinion. Malheureusement, les autorités politiques et la majorité du Parlement n'ont pas encore reconnu ces signes manifestes, sinon l'initiative que je présente il y a un an et demi n'aurait pas été repoussée.

La réponse politique à ce rejet, vous la connaissez: l'Action Nationale a lancé une initiative populaire demandant que le jour de la Fête nationale soit férié. Sa teneur est identique à celle de mon intervention. Elle sera déposée en automne. Le revirement que l'on constate au-delà des différences partisans et des frontières cantonales est peut-être aussi dû à l'initiative populaire. Un postulat Ruf invitant à déclarer le Premier Août jour férié dès 1991 a été accepté par le Conseil fédéral et transmis au Parlement. Fin mars 1990, le président du groupe du travail chargé de préparer la participation du Parlement aux célébrations de 1991, le conseiller aux Etats Affolter, s'est exprimé de manière très favorable à notre initiative lors d'une conférence de presse. Surtout, cette question a été soulevée à l'occasion de la révision de la loi sur le travail et ici aussi, à en croire la presse, l'idée aurait rencontré un écho largement positif dans les cantons.

Ainsi, en raison de l'approche de 1991 et de l'initiative de l'AN, on perçoit une évolution sensible dans les esprits. J'ai déposé mon initiative en juin dernier pour permettre au Parlement d'offrir au peuple et aux cantons la possibilité de se prononcer, au cours de l'année où nous célébrerons le 700e anniversaire de la naissance de la Confédération, quant à l'inscription permanente du premier août comme fête nationale dans la Constitution fédérale. On ne peut guère douter que l'article constitutionnel sera approuvé, de sorte qu'une fête nationale digne de ce nom serait offerte en cadeau à la nation alors même qu'elle fêterait ses 700 ans d'existence.

Bref commentaire du texte de mon initiative, rédigé avec la collaboration d'un constitutionnaliste réputé et d'un autre juriste compétent:

En raison de la situation juridique actuelle, il n'est possible de régler de manière claire et satisfaisante la question d'un 1er Août férié que par un complément à la Constitution fédérale accompagné d'un amendement de la loi sur le travail. Selon le régime constitutionnel des compétences, qui reste fondamentalement incontesté, les cantons sont seuls habilités à légiférer sur les jours fériés. Le législateur fédéral n'est pas autorisé à édicter des dispositions sur les fêtes générales. Ne serait-ce que pour ce motif, un article constitutionnel est donc indispensable. La solution proposée par le Conseil fédéral en rapport avec la révision de la loi sur le travail serait un dernier ressort, qui ne correspondrait pas à la signification particulière d'une fête nationale. L'inscription de cette dernière dans la constitution lui donnerait en revanche une portée politique fondamentale. En outre, le texte de l'initiative contient des prescriptions touchant le droit du travail ainsi que des dispositions transitoires. En droit du travail, le 1er août serait assimilé à un dimanche, donc déclaré non ouvrable, hormis les prestations relevant des secteurs où le travail est autorisé les dimanches.

Ainsi, le 1er août deviendrait un jour férié supplémentaire, le seul qui soit déclaré tel dans l'ensemble de la Suisse. Les cantons conserveraient toutes leurs compétences quant aux autres fêtes publiques. Les rares cantons ayant déjà déclaré le 1er août jour férié pourraient, en vertu de l'alinéa 3 des dispositions transitoires, décider d'un jour férié supplémentaire au plan cantonal. L'article 18 de la loi sur le travail permet en effet aux cantons de décréter jusqu'à huit jours fériés assimilés à des dimanches. La proclamation de la fête nationale libérerait donc un jour en leur faveur, au cas où ils souhaiteraient en faire usage. Les cantons et la Confédération disposeraient de trois ans pour adapter leur législation après l'acceptation de l'initiative par le peuple et les cantons, ce qui devrait suffire, vu la relative simplicité des amendements nécessaires. Cette période laisserait aussi une marge de manoeuvre suffisante aux partenaires sociaux pour régler cette réduction du temps de travail, assurément modeste si on la compare au temps libre déjà accordé actuellement.

On a sciemment renoncé à toute disposition sur la manière de marquer la fête nationale. L'actuelle organisation par les communes, les sociétés et les particuliers, qui a donné toute satisfaction et qui sied à la structure fédéraliste de notre pays, serait maintenue. Les voies à disposition de votre commission pour un traitement rapide de cette initiative vous sont connues. Je sollicite votre approbation.

Considérations de la commission

La commission constate ce qui suit:

1. Déclarer ou non le 1er août jour férié n'a pas une influence déterminante pour la conscience nationale des citoyennes et des citoyens suisses. Du point de vue politique, cette fête ne contribuerait pas, ou du moins fort peu, à l'enrichissement et à la réflexion. La commission est d'avis que les manifestations fixées dans toute la Suisse plutôt le soir sont mieux fréquentées si elles ne sont pas précédées d'une journée de congé officiel invitant à être passée loin du propre lieu de domicile.
2. Les cantons sont actuellement seuls compétents pour prendre des dispositions concernant les jours fériés. Ils ont donc toute latitude pour proclamer le 1er août fête publique. La commission est persuadée qu'une réglementation cantonale des jours fériés est mieux à même de tenir compte des besoins régionaux et des traditions locales. Maintes localités ont d'ailleurs décidé, par voie de négociations et sans prescriptions cantonales, d'accorder au moins un après-midi de congé.
3. Enfin, il y a lieu de rappeler que ce thème vient d'être débattu au Parlement. La commission estime qu'aucun aspect nouveau ne vient justifier une réouverture du débat à ce sujet.
4. Par contre, une partie de la commission était d'avis que l'institution d'un tel jour férié supplémentaire est économiquement admissible. De plus, le 1er août représente un cas particulier qui justifie un jour férié fédéral.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 11 zu 6 Stimmen, der parlamentarischen Initiative von Herrn Ruf keine Folge zu geben.

Antrag Ruf

Der Initiative Folge geben

Proposition de la commission

La commission propose par 11 contre 6 voix de ne pas donner suite à l'initiative Ruf.

Proposition Ruf

Donner suite à l'initiative

Mme **Jeanprêtre**, rapporteur: Vous avez reçu un rapport écrit sur cet objet, mais j'apporterai encore quelques éléments d'argumentation.

M. Ruf, dans son initiative, demande une révision partielle de la Constitution fédérale. Ce point a été une pierre d'achoppement au sein de la commission. L'initiative de M. Ruf décrète ainsi que le 1er août est fête nationale dans toute la Confédération et, à ce titre, jour férié. L'argumentation de l'initiant est la suivante: «Déclarer la fête nationale jour férié assimilé à un dimanche répond à un impératif de politique nationale. Le fait que le 1er août ne soit pas, dans la plupart des cantons, jour férié, contrairement à ce qui est la règle dans presque tous les pays voisins, n'est pas digne de la signification politique qui revient à notre fête. En effet, ce jour commémore la naissance de notre Etat, dont la démocratie directe reste inégalée. Dans tout pays, la fête nationale a pour but de renforcer la cohésion nationale et d'encourager à faire face aux problèmes à venir. Une telle commémoration est souhaitable chez nous aussi. Surtout, elle serait un témoignage digne de l'honneur dû à l'acte de fondation de notre Etat.»

Je ne m'étendrai pas en considérations sur la signification d'une fête patriotique, chacun y apportant sont lot de jugements de valeur, soit qu'il considère la symbolique de cette date historique digne d'un jour de réflexion, mêlé aux flonflons de la fête, ou qu'il craint l'exode en voiture des bénéficiaires de ce jour de congé supplémentaire.

L'auteur postule, à l'appui de sa proposition, qu'il se dégagerait actuellement une majorité dans l'opinion publique pour voir ce jour-là férié. On peut bien le croire car qui refuserait un jour de congé supplémentaire? D'ailleurs, l'Action nationale a lancé une initiative populaire demandant que le jour de la fête nationale soit férié. Sa teneur est identique à celle de l'intervention de M. Ruf. Elle sera déposée probablement munie des cent mille signatures cet automne. Un postulat de M. Ruf, invitant à déclarer le 1er août jour férié dès 1991, a été accepté par

le Conseil fédéral et transmis au Parlement. A fin mars 1990, le président du groupe de travail chargé de préparer la participation du Parlement aux célébrations de 1991, le Conseiller aux Etats Affolter s'est, semble-t-il, exprimé de manière favorable à cette initiative lors d'une conférence de presse. Cette question a surtout été soulevée à l'occasion de la révision de la loi sur le travail et, ici aussi, à en croire la presse, l'idée aurait rencontré un écho largement positif dans les cantons (j'ai cité ici M. Ruf). Toujours en faveur de l'initiant, on peut citer le fait que l'on pourrait offrir au peuple suisse, dans la continuité d'un 1er août férié décrété pour 1991, un 1er août férié officiel dès 1992, puisqu'il aurait pu être entériné par le vote d'une majorité du peuple et des cantons. Toujours selon l'initiant, une procédure de consultation à ce sujet, entreprise dans le cadre de la révision de la loi sur le travail, serait favorable à ce jour férié. La modification constitutionnelle aurait certes l'avantage d'offrir un jour de congé supplémentaire à toutes les citoyennes et les citoyens, ce qui n'est pas le cas actuellement. J'en viens maintenant aux arguments de la majorité de la commission qui, par 11 voix contre 6 a refusé l'initiative de M. Ruf. Tout d'abord, la majorité a constaté qu'aucun élément nouveau n'était intervenu depuis octobre 1988, date à laquelle par un vote clair de 65 voix contre 18 une même initiative de l'initiant avait été refusée par votre conseil. En droit, selon le régime constitutionnel du partage des compétences, les cantons sont seuls habilités à légiférer sur les jours fériés. Le législateur fédéral n'est pas autorisé à édicter des dispositions sur les fêtes générales. Les cantons ont donc toute latitude pour proclamer le 1er août fête publique. La majorité de la commission est persuadée qu'une réglementation cantonale des jours fériés est mieux à même de tenir compte des us et coutumes régionaux et des traditions locales. Maintes localités ont d'ailleurs décidé, par voie de négociations, et sans prescriptions cantonales, d'accorder au moins un après-midi de congé. Ainsi la loi fédérale sur le travail, à son article 18, permet aux cantons de décréter jusqu'à huit jours fériés assimilés à des dimanches.

Votre commission dans sa majorité a aussi estimé qu'il s'agirait d'introduire cette disposition lors de la modification de la loi sur le travail actuellement en révision et elle n'est pas d'avis qu'il faille introduire une disposition constitutionnelle plus centralisatrice et qui engage une procédure plus lourde.

Frau **Stamm**, Berichterstatterin: Sie haben über die Arbeit der Petitions- und Gewährleistungskommission zur parlamentarischen Initiative von Herrn Kollege Ruf einen schriftlichen Bericht erhalten.

Ich erinnere Sie daran, dass wir bereits im Oktober 1988 ausführlich über die Idee des 1. August als Staatsfeiertag gesprochen und der damaligen parlamentarischen Initiative von Herrn Ruf mit 65 zu 18 Stimmen und einigen Enthaltungen keine Folge gegeben haben. Herr Ruf vertritt nun die Meinung, dass sich in der Zwischenzeit ein gewisser Sinneswandel ereignet habe, der seinem Anliegen förderlich sei.

So hat die Nationale Aktion eine entsprechende Volksinitiative lanciert, die entsprechende Unterschriftenzahl erreicht, und die Volksinitiative kann demnächst eingereicht werden. Im Parlament wurde ein vom Bundesrat entgegengenommenes Postulat Ruf überwiesen, welches die Einführung des 1. August als Feiertag über 1991 hinaus anregt.

Die parlamentarische Initiative Ruf, die heute zur Diskussion steht, ist als Partialrevision der Bundesverfassung konzipiert. Sie soll also eine Ergänzung der Kompetenz der Kantone, über die Feiertage zu legislieren, darstellen.

Die Kommission hat folgende Überlegungen gemacht: Zunächst hat sie festgestellt, dass seit der Debatte im Parlament, im Herbst 1988, keine neuen Aspekte hinzugekommen seien, die es rechtfertigen würden, heute eine andere Entscheidung als damals zu treffen.

Die Kommission war auch der Meinung, dass die Gestaltung des 1. August als Feiertag von Staates wegen den Gehalt dieses Tages nicht verbessern würde. Sie hat sogar die Befürchtung geäußert, dass ein Feiertag die Schweizerinnen und Schweizer eher dazu bringen würde, diesen Tag fernab von ihrem Wohnort zu verbringen und eben nicht des 1. August zu

gedenken, im Gegensatz zu heute, wo die Bundesfeiern, die am Abend organisiert werden, recht gut besucht sind.

Heute sind, wie bereits erwähnt, die Kantone zuständig, Vorschriften über Feiertage zu erlassen. Es gibt Kantone, die den 1. August bereits zum Feiertag erklärt haben. Die Kommission vertritt die Überzeugung, dass es besser ist, diese Kompetenz bei den Kantonen zu belassen, welche auf die örtlichen Bedürfnisse und Traditionen besser Rücksicht nehmen können.

Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen mit 11 zu 6 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Die Minderheit der Kommission war der Meinung, dass der 1. August als Feiertag immerhin ein Sonderfall sei, der unser ganzes Land betreffe, so dass es sich durchaus rechtfertigen würde, hier einen Feiertag via Partialrevision der Bundesverfassung einzuführen.

Ruf: Dass der 1. August als Bundesfeiertag ein den Sonntagen gleichgestellter, arbeitsfreier, also ein vollwertiger Feiertag werden soll, entspricht nicht nur seit langem einem breiten Wunsch des Volkes, sondern stellt meines Erachtens auch eine staatspolitische Notwendigkeit dar!

Ich gehe auf diesen Aspekt, zu dem ich mich hier bereits bei anderer Gelegenheit geäußert habe, nicht mehr näher ein. Ich erinnere Sie an die ausführliche Begründung meiner früheren parlamentarischen Initiative, die bekanntlich im Oktober 1988 bei sehr vielen Enthaltungen abgelehnt wurde.

Aus meinem damaligen Votum gestatte ich mir nur folgendes kurzes Zitat: «Die Tatsache, dass der 1. August in den meisten Kantonen kein Feiertag ist – dies im Gegensatz zur Regelung in praktisch sämtlichen Nachbarländern – wird der wesentlichen staatspolitischen Bedeutung unseres Nationalfeiertages nicht gerecht. Am Bundesfeiertag wird nämlich der Entstehung und der Geschichte unseres Staates gedacht, der mit seiner direkten Demokratie beispiellos dasteht. Aufgabe des Nationalfeiertages in jedem Lande ist es, das gemeinsame Staatsbewusstsein zu stärken und den Willen zur Lösung der künftigen Probleme zu fördern.»

Gerade im Hinblick auch auf ein diskutiertes verstärktes Engagement der Schweiz in Europa kommt dem Bundesfeiertag vermehrt Bedeutung zu, will man doch sicherlich vermeiden, dass unser Land der vier Sprachkulturen im europäischen Integrationsprozess auseinanderbricht.

Das Volk wünscht den 1. August schon seit langem als Feiertag – und zwar mit erdrückender Mehrheit, wie entsprechende Meinungsumfragen über Jahre hinweg immer wieder belegen. Ich erinnere Sie namentlich an die Ihnen erneut verteilte Umfrage der «Coop-Zeitung» vom Juli 1987. 81,8 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass der Nationalfeiertag ein wirklicher, arbeitsfreier Feiertag werde. Nur 2,4 Prozent waren dagegen.

Leider hatten die politischen Behörden die Zeichen der Zeit bis vor kurzem noch nicht erkannt. Sonst wären frühere Vorstösse nicht abgelehnt worden. Immerhin ist seit einigen Monaten durch praktisch alle Parteien hindurch und in mehreren Kantonen ein deutlicher Gesinnungswandel, ein relativ plötzliches und sehr erfreuliches Umdenken festzustellen, das vielleicht auch etwas durch die Lancierung der Volksinitiative der Schweizer Demokraten «für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag» zu erklären ist.

Im Parlament wurde ein vom Bundesrat akzeptiertes Postulat überwiesen, das die Einführung des 1. August als Feiertag über 1991 hinaus anregt. Im weiteren hat sich Ende März 1990 – Madame Jeanprêtre hat darauf hingewiesen – der Präsident der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Präsenz des Parlaments im Jahre 1991, Ständerat Affolter, an einer Pressekonferenz gegenüber dem Anliegen positiv geäußert. Einem Mitglied unserer Partei hatte er bereits im Januar dieses Jahres auf einen entsprechenden Brief hin geschrieben: «Schliesslich darf ich Ihnen aber noch mitteilen, dass die Vorstösse aus Ihrer Partei, den 1. August zum arbeitsfreien, gesamtschweizerischen Bundesfeiertag zu erklären, in meiner Arbeitsgruppe auf Sympathie gestossen sind. Wir werden noch näher

abklären, ob und auf welche Weise wir dem Gedanken der dauernden Verankerung eines arbeitsfreien Bundesfeiertages Schützenhilfe geben können.» – Soweit Ständerat Affolter.

Vor allem haben sich auch verschiedene Kantone in diesem Jahr positiv zum Anliegen vernehmen lassen. Ich zitiere als Beispiel aus einer Stellungnahme des Kantons Bern: «Einige Kantone haben den 1. August bereits zum Feiertag erklärt. In anderen Kantonen sind die Betriebe wohl geschlossen, die Arbeitszeit wird jedoch vorgeholt. In weiteren Kantonen gilt der 1. August nur für das Staatspersonal als Feiertag. Diese Situation ist unbefriedigend.» Und die «Appenzeller Zeitung» berichtete anfangs April: »Von den Bundesratsparteien haben sich bisher die CVP und die FDP für einen 1. August als Nationalfeiertag ausgesprochen.« Und weiter: «Der Kanton Appenzell-Ausserrhodon spricht sich für eine Feiertagsregelung aus mit der Begründung, dass sich damit vielleicht eine zusätzliche Motivation verbinden lasse, 'um – wenigstens einmal jährlich – über den Zustand, die Chancen und die Gefährdungen der eigenen Heimat etwas intensiver als bisher nachzudenken'.»

Im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 1991 – und wohl auch aufgrund der Volksinitiative – ist einiges in Bewegung geraten. Wenn ich meine parlamentarische Initiative eingereicht habe, deren Text mit jenem der Volksinitiative identisch ist, so vor allem deshalb, weil das Parlament damit die Chance erhält, Volk und Stände noch 1991, im Jahr des 700. Geburtstages der Eidgenossenschaft also, über die dauerhafte Verankerung des 1. August in der Verfassung abstimmen zu lassen. Eine Annahme des entsprechenden Verfassungsartikels kann wohl nicht ernsthaft bezweifelt werden, so dass dem Land zur Feier des 700jährigen Bestehens endlich ein richtiger Nationalfeiertag geschenkt würde!

Damit komme ich zur kurzen Erläuterung des Initiativtextes, der in enger Zusammenarbeit mit einem Staatsrechtsprofessor sowie einem weiteren kompetenten Juristen ausgearbeitet wurde.

Angesichts der geltenden Rechtslage kann das Anliegen des arbeitsfreien 1. August nur mit einer Ergänzung der Bundesverfassung sowie den daraus folgenden gesetzlichen Anpassungen des Arbeitsrechts in klarer und befriedigender Weise geregelt werden. Nach der verfassungsmässigen Kompetenzordnung, die auch aus unserer Sicht völlig unbestritten ist, sind für die Gesetzgebung über öffentliche Feiertage ausschliesslich die Kantone zuständig. Der Bundesgesetzgeber ist nicht befugt, Bestimmungen über allgemeine Feiertage zu erlassen. Das soll im Grundsatz auch so bleiben. Aber schon deshalb braucht es eine Verfassungsnorm für den einen Sonderfall des Bundesfeiertages. Die verfassungsmässige Verankerung ist vor allem aber von grundsätzlicher, staatspolitischer Tragweite und Symbolik! In einem neuen Artikel 116bis BV soll der bisher weitgehend gewohnheitsrechtliche Bundesfeiertag überhaupt erst in der Bundesverfassung verankert werden. Daneben enthält der Initiativtext arbeitsrechtliche Vorschriften und Uebergangsbestimmungen.

Der 1. August wird arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt und damit arbeitsfrei, abgesehen von den üblichen Dienstleistungsbereichen, in denen an Sonntagen gearbeitet werden darf. Dadurch wird er zum zusätzlichen und einzigen gesamtschweizerischen Feiertag. Kein einziger bisheriger Feiertag in den Kantonen – also auch nicht etwa der 1. Mai – wird gefährdet. Es bleibt alles beim alten; der 1. August kommt als zusätzlicher Tag dazu.

Am 1. August wird der Geburtstag des ganzen Landes gefeiert. Deshalb braucht es dafür als einzige Sonderregelung einen gesamtschweizerischen Feiertag! Die Kantone sollen ihre Kompetenz behalten, alle übrigen Feiertage wie bisher selbst festzulegen; sie werden in keiner Weise in ihren Befugnissen eingeschränkt. Jene Stände, die den 1. August bereits als kantonalen Feiertag eingeführt haben, können aufgrund von Absatz 3 der Uebergangsbestimmungen anstelle des 1. August einen weiteren kantonalen Feiertag bestimmen, wenn sie dies wollen. Sie müssen dies natürlich nicht.

Die Initiative enthält absichtlich keinerlei Bestimmungen über die Gestaltung der Bundesfeier. Die bewährte bisherige Regelung der Organisation durch Gemeinden, Vereine und Private,

die auch den föderalistischen Bedürfnissen unseres Landes Rechnung trägt, soll beibehalten werden. Auch in jenen Kantonen, die den 1. August bereits als vollwertigen Feiertag kennen, werden mit grossem Erfolg Bundesfeiern durchgeführt. Die Teilnahme ist dort nicht schlechter als anderswo. Entsprechende Befürchtungen für den Fall, dass man den Tag gesamtschweizerisch zum Feiertag erklärt, sind unbegründet.

Die parlamentarische Initiative ebnet den Weg, um das Ziel am schnellsten zu erreichen. Im Falle einer Zustimmung könnte die Kommission rasch zur Tat schreiten, wobei sie bekanntlich gemäss Artikel 21quater Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes einen eigenen Text vorschlagen kann.

Bei einer zügigen Beratung in beiden Kammern wäre eine Volksabstimmung frühestens im Dezember 1991 möglich. Damit könnte dem Schweizervolk der Bundesfeiertag noch im symbolträchtigen Jubiläumsjahr geschenkt werden, und dem Initiativkomitee der 1. August-Initiative würde die Möglichkeit eröffnet, das Volksbegehren zurückzuziehen. Zudem wären auch die Parlamentswahlen bereits vorbei, der Termin also unter parteitaktischen Gesichtspunkten völlig problemlos. Vor allem aber könnte ein nahtloser Übergang zwischen dem 1. August 1991, der bekanntlich auf freiwilliger Basis arbeitsfrei sein soll, und dem Bundesfeiertag der folgenden Jahre herbeigeführt werden.

Ich appelliere zum Schluss an Sie: Machen Sie doch dem Schweizervolk zum 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft das Geschenk eines arbeitsfreien 1. August! Es wird Ihnen dafür dankbar sein!

Reimann Fritz: Ich muss vorausschicken, dass die SP-Fraktion keinen Beschluss gefasst hat, aber ich kann die Meinung unserer Fraktion bekanntgeben. Man könnte – wie das Herr Ruf auch feststellt – die Meinung vertreten, dass es nach 700 Jahren Eidgenossenschaft an der Zeit wäre, den 1. August als Nationalfeiertag auch tatsächlich als arbeitsfreien Tag zu feiern. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob es den Befürwortern in der Umfrage tatsächlich um unseren Nationalfeiertag geht oder einfach um einen arbeitsfreien Tag. Auf jeden Fall finde ich es etwas überrissen, wenn Herr Ruf von einer staatspolitischen Notwendigkeit spricht. Ich fände noch viele andere Notwendigkeiten, die staatspolitisch von grösserer Wichtigkeit wären als der 1. August. Es sind tatsächlich diese etwas patriotischen Töne, die mir und auch vielen Fraktionsmitgliedern Mühe bereiten.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat sich in der Frage des arbeitsfreien 1. August vernehmen lassen. Wir haben dem Bundesrat mitgeteilt, dass wir grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn man den Arbeitnehmern zu einem zusätzlichen arbeitsfreien Tag mit Lohnzahlung verhelfen will. Es stellt sich dabei die Frage, Herr Ruf, wer wem ein Geschenk bereitet. Meines Erachtens muss es sich dann aber auch tatsächlich um einen zusätzlichen Feiertag handeln. Wir müssten uns in aller Form dagegen wehren, wollte man bereits bestehende Feiertage gegen den 1. August eintauschen. Damit wäre wahrscheinlich niemandem, am allerwenigsten den Arbeitnehmern, geholfen, wenn man einen Feiertag um die Weihnachtszeit wegnehmen würde, um einen während der Ferienzeit zu gewähren.

Wir sind aber auch der Meinung, dass es noch andere Tage gibt, die uns als arbeitsfreier Feiertag wohl anstehen würden. Ich meine dabei den 1. Mai. Wenn wir hier schon den 1. August als arbeitsfreien Tag beschliessen, sollten wir auch den 1. Mai als arbeitsfreien Tag ins Auge fassen. Im Gegensatz zum 1. August wird nämlich der 1. Mai heute schon landesweit während des Tages und nicht erst am Abend gefeiert. Es würde gewissermassen einem politischen Gleichgewicht entsprechen, beide Tage als arbeitsfreie Tage einzubeziehen, den 1. August als Nationalfeiertag und den 1. Mai als Feiertag, der an die sozialen Errungenschaften in diesem Land erinnern soll.

In diesem Sinn könnte ich der parlamentarischen Initiative zustimmen, in der Hoffnung, die Befürworter des 1. August als arbeitsfreien Tag werden gleiches Recht halten, wenn es einmal in diesem Rat um den 1. Mai gehen sollte.

Mme Antille: Dans sa majorité, le groupe radical se déclare favorable aux conclusions de la Commission des pétitions et repousse l'initiative de M. Ruf par esprit fédéraliste. En d'autres termes, il vous propose de laisser le pouvoir aux cantons. Toutefois, sur un plan personnel et suivie par une importante minorité, je vous engage à soutenir l'initiative qui vous est proposée.

En effet, comment expliquer que dans la plupart des cantons le 1er mai soit un jour férié alors que notre fête nationale ne l'est pas? Il faut saisir l'occasion du 700e anniversaire de la Confédération pour corriger cette anomalie et redonner à notre fête nationale toute son importance. C'est économiquement supportable et politiquement souhaitable.

Schmid: Ob sich bei einem zeitlich fixierten Anlass Festlichkeit oder Feierlichkeit einstellt, liegt nicht daran, ob ein solcher Tag teilweise oder ganz schul- bzw. arbeitsfrei ist. Diese Stimmung hängt von etwas ganz anderem ab, und dies wurde uns um so bewusster, als wir auch sichtlich Mühe bekunden, das 700jährige Bestehen der Eidgenossenschaft zu feiern. Könnte es sein, dass der historische Rückblick auf die Verdienste unserer Vorfahren desto mehr bedrückt, je weniger wir selbst bereit sind, die gegenwärtigen Probleme befriedigend für die Zukunft zu lösen? Ich bin überzeugt, die Verdrüsslichkeit rührt daher, dass wir nicht den Mut aufbringen, die Aufgaben unserer Zeit ebenso entschlossen und umfassend anzugehen wie unsere Vorfahren, die uns die Verantwortung für dieses Land einmal übertragen haben.

Die wachsende Zahl der ungelösten und unentschiedenen Probleme, die wir vor uns herschieben, rauben uns die Heiterkeit und Gelassenheit, ohne die wir nicht in der Lage sind, Feste zu feiern. Das ist die Situation, die wir eigentlich ändern müssten. Da bringt es uns auch nicht weiter, wenn der besagte 1. August als Feiertag bezeichnet und für arbeitsfrei erklärt wird. Es bleibt aber auch, wie es ist, wenn wir mit unserem calvinistischen Arbeitseifer dokumentieren, dass wir am Vormittag noch beschäftigt sein wollen oder gar erst nach Feierabend zum 1.-August-Funken aufbrechen. Wir debattieren hier also über ein eher marginales Problem, bei dessen Beantwortung wir uns um keine Fraktionsdoktrin bemüht haben. Wir werden nach persönlichem Gutdünken unterschiedlich votieren.

M. Ducret: Dans la grande majorité des pays, la fête nationale n'est pas un jour de travail. La raison en est double. D'une part, un jour férié se distingue des autres jours du calendrier annuel, car il marque un événement qui mérite d'être mis en évidence et, d'autre part, il s'agit d'une véritable fête qui justifie que la population puisse être disponible pour y participer.

Dans notre pays, comme on l'a rappelé tout à l'heure, ce sont les cantons qui détiennent la compétence de fixer les jours fériés, et l'article 18 de la loi sur le travail détermine un maximum de huit jours fériés par an qui peuvent être assimilés à un dimanche. Ce sont donc les cantons, en l'état de la législation, qui peuvent décider de décréter le 1er août férié, et non la Confédération.

Lors de l'examen de la première initiative parlementaire de M. Ruf, la Commission des pétitions avait rapporté qu'une enquête, opérée auprès des gouvernements cantonaux, avait montré qu'à l'instar du Conseil fédéral les cantons étaient de l'opinion que la célébration du 1er août devait être laissée à l'initiative des cantons et des communes. Depuis cette époque et à ma connaissance, six cantons ont décrété le 1er août jour férié, à savoir: Zurich, Schaffhouse, Thurgovie, Tessin, Soleure (l'après-midi) et, tout récemment, Genève. Les autres n'ont pas ou n'ont pas eu cette possibilité pour avoir épuisé leur quota de huit jours.

Cela étant, il est évident que la fête nationale suisse est un événement important de la vie politique et sociale de notre pays. Il s'agit, par ce jour privilégié, de commémorer des valeurs essentielles de notre démocratie, de leur marquer notre attachement et de chercher à les inscrire dans une perspective d'avenir. La fête du 1er août permet également aux habitants de notre pays de se retrouver, dans nos différentes communes, à

l'occasion de manifestations au caractère à la fois simple et chaleureux.

Le groupe démocrate-chrétien, bien que partagé et hésitant quant à la procédure à suivre, considère qu'il serait excessif d'apporter une adjonction à la Constitution fédérale sur un sujet somme toute mineur. Il est ainsi favorable à une solution fédéraliste qui laisse aux cantons le soin de décider sous quelle forme et dans quelles conditions ils entendent célébrer l'anniversaire de la création de la Confédération, en tenant compte de leurs propres traditions et coutumes. Ainsi, je viens d'apprendre que, dans certains cantons, de plus en plus nombreuses sont les communes qui renoncent à organiser une fête ou un feu à cette occasion, faute d'engouement des communiers. A Genève, en revanche, chaque commune se fait un devoir de marquer cet événement par une manifestation, par ailleurs très fréquentée, qui donne notamment la possibilité aux autorités de délivrer à la population un message patriotique et civique.

Dès lors, il devrait être possible, par une modification de la loi sur le travail et l'adjonction d'un jour férié supplémentaire, de permettre à tous les cantons qui le désirent d'introduire dans leur législation le 1er août dans la liste des jours assimilés à un dimanche.

Le Conseil fédéral ayant accepté le postulat Ruf du 7 octobre 1988, visant à examiner si et par quels moyens on pourrait adapter notre législation dans ce sens, il convient d'attendre cette révision, étant précisé que rien ne devrait s'opposer à ce que ce jour férié supplémentaire soit réservé exclusivement au 1er août, sans obligation toutefois pour les cantons qui ne le souhaitent pas d'utiliser cette faculté. Par ailleurs, il est également possible pour les cantons, je le rappelle, de considérer le 1er août comme un jour chômé, non assimilable à un dimanche.

En conclusion, le groupe démocrate-chrétien vous invite à rejeter l'initiative de M. Ruf dans l'attente de la suite qui sera donnée par le Conseil fédéral à son postulat.

Wyss William: In der SVP-Fraktion haben wir uns an der letzten Sitzung mit der vorliegenden Initiative befasst. Eine knappe Mehrheit unserer Fraktion ist der Auffassung, dieser parlamentarischen Initiative sei Folge zu geben.

In den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Thurgau und Tessin ist der 1. August bereits ein arbeitsfreier Feiertag, und im Kanton Solothurn ist der Nachmittag des 1. August offiziell arbeitsfrei. Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Auffassung, dass hier im Interesse einer guten Koordination eine eidgenössische Regelung nötig wäre.

Persönlich empfehle ich Ihnen hingegen aus staatspolitischen Gründen, der parlamentarischen Initiative Ruf keine Folge zu geben. Kollege Markus Ruf hat in der Kommissionssitzung folgendes erklärt: «Aufgabe des Nationalfeiertages in jedem Lande ist es, das gemeinsame Staatsbewusstsein zu stärken und den Willen zur Lösung der künftigen Probleme zu fördern. Dies wäre auch bei uns wünschenswert, vor allem wäre es eine gebührende patriotische Ehrenbezeugung gegenüber dem Gründungsakt unseres Staatswesens.»

Ich unterstütze natürlich alle Bestrebungen, unser Staatsbewusstsein zu fördern. Ob aber der 1. August generell ein arbeitsfreier Tag ist oder nicht, ist für die Geisteshaltung der Schweizerinnen und Schweizer nicht entscheidend. In sehr vielen Gemeinden unseres Landes konzentriert sich die Bundesfeier auf den Abend. Fackelzüge und Höhenfeuer haben auch nur am Abend einen Sinn. Diese bewährte Regelung der Organisation durch die Gemeinden, Vereine und Private trägt den unterschiedlichen kantonalen, regionalen und damit föderalistischen Bedürfnissen bestens Rechnung. Ein staatlich verordneter Ruhetag lädt von vornherein dazu ein, den freien Tag fern vom eigenen Wohnort zu verbringen, dies hat übrigens auch die Sprecherin deutscher Zunge bereits gesagt. Wenn in kommenden Jahren der 1. August zum Beispiel auf einen Freitag oder Montag fällt, gibt es zusätzlich ein verlängertes Wochenende. Staus auf den Autobahnen würden an einem solchen Wochenende nicht ausbleiben. Wollen wir dies? Sind Staus ein Beitrag zur Besinnung? Sicher nicht. Vor allem in ländlichen Gebieten finden jedes Jahr gutbesuchte Bun-

desfeiern statt. Dank langjähriger, bewährter Tradition können dort unsere Vereine noch auf ihre Mitglieder zählen. In diesen Gemeinden ist das Staatsbewusstsein bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern gut verankert, und die Kinder freuen sich bereits am 2. August auf die nächste Feier.

Daran sollte nichts geändert werden. Persönlich bitte ich Sie, die Initiative abzulehnen.

M. Jeanneret: Le groupe libéral – je crois qu'il l'a déjà démontré – tient à apporter sa contribution au fait que nos travaux ne durent pas trop longtemps en considérant que, lorsqu'il y a un rapport écrit de commission, il n'est pas nécessaire de parler. Malheureusement, le fait que M. Ruf ait pu convaincre 29 de nos collègues de déposer une proposition d'appel nominal, nous oblige à dire pourquoi après d'autres nous voterons non. Nous considérons que c'est un peu une sorte de piège et nous aimerions dire, pour mettre la conscience à l'aise de tous ceux qui auraient des doutes, que voter non ne signifie d'aucune manière ne pas accorder d'importance à la fête nationale du 1er août, bien au contraire. Il n'y aura pas tout à l'heure les bons Suisses qui voteront oui et les mauvais Suisses qui voteront non, bien au contraire aussi. Nous souscrivons pleinement aux arguments de la commission, résumés dans les trois points que vous avez sous les yeux, de manière à la fois convaincante et courte.

J'aimerais dire à M. Ruf que l'histoire de la Suisse ce n'est pas seulement ce qui s'est passé dans les trois petits cantons le 1er août 1291. L'histoire de la Suisse c'est aussi ce qui se passait ce même jour dans la ville de Bâle, dans l'Etat de Vaud, chez les paysans jurassiens, etc. Et c'est cet ensemble qui constitue la vie de la Suisse et c'est pour cela que nous sommes fédéralistes et que, même si nous sommes représentants de plusieurs cantons qui n'ont rejoint la Confédération qu'après, nous fêtons maintenant le 1er août 1291.

La commission l'a rappelé très justement, il n'y a aucun fait nouveau.

Le deuxième argument est un problème de fédéralisme, le troisième étant celui que la commission a précisé à son point 3 et qui me paraît être le plus convaincant: finalement, cette coutume très libre où on laisse aux familles, à l'entreprise, aux communes, aux cantons le soin d'organiser la journée et de se réunir – même si l'on a travaillé toute la journée – en fin de journée pour fêter, c'est une coutume parfaitement conforme aux traditions de ceux qui, en 1291, se sont justement réunis le soir après avoir travaillé toute la journée.

Restons-en donc à notre système; n'ayons pas mauvaise conscience en votant non tout à l'heure. Nous accordons pour autant une grande importance à la fête nationale.

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag Ruf (Folge geben) stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition Ruf (donner suite):

Aguet, Aliesch, Antille, Aubry, Baggi, Béguelin, Berger, Biel, Bircher Peter, Bircher Silvio, Blatter, Bodenmann, Bonny, Brügger, Bühler, Bundi, Büttiker, Caccia, Carobbio, Cavadini, Cincera, Danuser, David, Diener, Dietrich, Dormann, Dünki, Eggenberg-Thun, Eggenberger Georges, Eisenring, Eppenberger Susi, Fäh, Fischer-Seengen, Frey Walter, Früh, Grassi, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hänggi, Hari, Hildbrand, Hösl, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Keller, Kohler, Kuhn, Kühne, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Maeder, Massy, Matthey, Mauch Ursula, Meier Fritz, Meier-Glatfelden, Meizoz, Mühlemann, Müller-Aargau, Müller-Meilen, Müller-Wilibert, Nabholz, Neuenschwander, Neukomm, Portmann, Reich, Reimann Fritz, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruf, Salvioni, Scheidegger, Scherrer, Schnider, Schüle, Segmüller, Segond, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spielmann, Spoerry, Stappung, Steffen, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Wanner, Weder-Basel, Widmer, Wiederkehr, Wyss Paul, Zbinden Hans, Züger, Zwingli, Zwygart (100)

Für den Antrag der Kommission (keine Folge geben) stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la commission (ne pas donner suite):

Allenspach, Ammann, Aregger, Auer, Bär, Basler, Braunschweig, Burckhardt, Cevey, Columberg, Coutau, Daepf, Darbellay, Déglise, Dubois, Ducret, Eggly, Engler, Euler, Fankhauser, Fierz, Fischer-Häggingen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Friderici, Gardiol, Giger, Graf, Gros, Guinand, Hess Otto, Hess Peter, Iten, Jeanneret, Jung, Lanz, Leuba, Luder, Maitre, Mauch Rolf, Nebiker, Nussbaumer, Paccolat, Perey, Philipona, Pidoux, Rebeaud, Rechsteiner, Reichling, Ruckstuhl, Rutishauser, Rüttimann, Rycken, Savary-Vaud, Schmid, Schwab, Stamm, Steinegger, Stucky, Thür, Tschuppert, Weber-Schwyz, Wellauer, Wyss William, Zbinden Paul, Zölch,

(66)

Der Stimme enthält sich – S'abstient:

Dreher

(1)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Baerlocher, Bäumlín, Blocher, Borel, Bürgi, Cotti, Couchepin, Etique, Feigenwinter, Grendelmeier, Günter, Gysin, Haller, Herczog, Houmard, Loeb, Longet, Loretan, Martin, Oehler, Ott, Petitpierre, Pini, Pitteloud, Ruffy, Sager, Savary-Fribourg, Schmidhalter, Spälti, Theubet, Widrig, Ziegler

(32)

Vizepräsident Bremi stimmt nicht

M. Bremi, vice-président, ne vote pas

89.229

**Parlamentarische Initiative
(Ruf)
Mündigkeits- und Ehemündigkeitsalter 18
Initiative parlementaire
(Ruf)
Majorité civile et capacité de contracter
mariage à 18 ans**

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 7. Juni 1989

Das Schweizerische Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 ist dahingehend zu ändern, dass die Mündigkeit und die Ehemündigkeit erhält, wer das 18. Altersjahr vollendet hat.

Texte de l'initiative du 7 juin 1989

Le Code civil suisse du 10 décembre 1907 est à réviser de façon à octroyer la majorité civile et la capacité de contracter mariage à quiconque a atteint l'âge de 18 ans révolus.

Herr **Schmid** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen hiermit gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes (GVG) den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von Nationalrat Ruf am 7. Juni 1989 eingereichte parlamentarische Initiative, welche die Herabsetzung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre verlangt. Die Kommission hat am 14. November 1989 den Initianten angehört und zu ihren Beratungen eine Vertreterin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes beigezogen. Die Kommission hat mit 11 zu 0 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) beschlossen, dem Nationalrat zu beantragen, der parlamentarischen Initiative sei keine Folge zu geben. Die Kommission beantragt mit 16 zu 0 Stimmen, ihre Motion zu überweisen, die das Anliegen des Initianten aufnimmt.

*Schriftliche Begründung des Initianten
(leicht gekürzt)*

Die beiden Vorstösse zur Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters sowie des Mündigkeitsalters sind als Einheit zu betrachten. Nachdem von anderer Seite die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters bereits begründet wurde, möchte ich zusätzlich zur wahrscheinlich konsensfähigen Senkung des Wahl- und Stimmrechtsalters auch die Senkung der zivilrechtlichen Mündigkeit nach Artikel 14 des Zivilgesetzbuches (ZGB) und damit verbunden der Ehemündigkeit nach Artikel 96 ZGB auf 18 Jahre beantragen.

Zweifellos sind junge Menschen heute als Folge veränderter gesellschaftlicher Gegebenheiten wesentlich früher selbständig und entscheidungsfähig als vor Jahrzehnten; hauptsächlich aufgrund eines gut ausgebauten Bildungswesens und eines umfassenden Informationsangebotes durch die Medien verfügen sie über einen vertieften Einblick in die staatlichen Zusammenhänge und politischen Entscheidungsprozesse. Dieser Tatsache wird auch in anderen Rechtsbereichen Rechnung getragen, und umso mehr sollten bei einer Senkung der Altersgrenze das Stimm- und Wahlrechtsalter einerseits und die zivilrechtliche Mündigkeit andererseits aufeinander abgestimmt werden.

In Beantwortung zweier parlamentarischer Vorstösse führte der Bundesrat am 5. September 1979 aus, es entspreche «über weite Strecken einer jüngeren schweizerischen Tradition», in der Diskussion über das Stimm- und Wahlrechtsalter einerseits und das Mündigkeitsalter andererseits «von einer notwendigen Übereinstimmung» zu sprechen. In ihrem überwiesenen Postulat «Mündigkeits- und Stimmrechtsalter» vom 18. Juni 1979 betonte die damalige Nationalrätin Bauer, «Mündigkeits- und Stimmrechtsalter müssen zusammenfallen». Zuletzt führte der Bundesrat im März 1987 bei der Antwort auf die Motion von Ständerat Schoch zur Herabsetzung des Mündigkeitsalters aus, es sei sinnvoll, die Frage des Stimm- und Wahlrechtsalters miteinzubeziehen. Die Motion wurde als Postulat überwiesen.

Nach Artikel 14 Absatz 1 ZGB ist bekanntlich mündig, wer das 20. Lebensjahr vollendet hat. Die Mündigkeit bildet zusammen mit der Urteilsfähigkeit die Voraussetzung für die volle rechtliche Handlungsfähigkeit, die vor allem den Abschluss von Verträgen erst ermöglicht.

Urteilsfähigkeit wiederum bedeutet nach ZGB die Fähigkeit zu vernunftgemässen Handeln. An die Ausübung der politischen Rechte können dieselben Anforderungen geknüpft werden wie an die zivilrechtliche Handlungsfähigkeit. Das Stimm- und Wahlrechtsalter auf 18 Jahre zu senken, die zivilrechtliche Mündigkeit als Voraussetzung der vollen rechtlichen Handlungsfähigkeit dagegen bei 20 Jahren zu belassen, wäre unlogisch und inkonsequent. Dies umso mehr, da in vielen Rechtsbereichen 18jährige den Erwachsenen seit langem gleichgestellt sind.

Einige Beispiele: Im strafrechtlichen Bereich unterstehen Jugendliche ab 18 Jahren grundsätzlich den Bestimmungen des Erwachsenenstrafrechts, abgesehen von einer Sondernorm für junge Erwachsene von 18 bis 25 Jahren. Die Religionsmündigkeit ist bereits mit 16 Jahren gegeben. Mit 18 dürfen Jugendliche Personenwagen lenken und die damit verbundene Verantwortung übernehmen. Ab dem Kalenderjahr, in dem sie 18 Jahre alt werden, müssen Arbeitnehmer AHV-, IV- und EO-Beiträge bezahlen. Bereits heute kann übrigens in besonderen Fällen nach Artikel 15 Absatz 1 ZGB die Mündigkeitserklärung ab 18 Jahren erfolgen. Die Ehemündigkeit liegt für Frauen heute generell bei 18 Jahren (für Männer bei 20). Sie kann auf 18 bzw. 17 Jahre gesenkt werden, wenn die Eltern zustimmen und eine behördliche Zustimmung vorliegt. Unmündige wiederum werden durch Heirat mündig, was im Extremfall für eine 17jährige Frau gelten kann. Der urteilsfähige Unmündige kann selbständige Rechtsgeschäfte abschliessen und Rechte ausüben, die ihm von seiner Persönlichkeit willen zustehen. Seit der Revision des Zivilrechts ist er nach Artikel 323 ZGB voll handlungsfähig, soweit es um seinen Arbeitsverdienst und das daraus ersparte geht.

In den siebziger Jahren haben unsere Nachbarländer ihr Mündigkeitsalter angepasst, nur Liechtenstein hält noch an 20 Jah-

Parlamentarische Initiative (Ruf) 1. August. Arbeitsfreier Bundesfeiertag

Initiative parlementaire (Ruf) 1er août. Fête nationale fériée

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.227
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.09.1990 - 16:00
Date	
Data	
Seite	1607-1614
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 989

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.